

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	149
		<b>TOP:</b>	4
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	850/2020
		<b>GZ:</b>	JB
<b>Sitzungstermin:</b>	16.11.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Beteiligung der LHS am Bundesprogramm "Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen, Profis binden"</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 09.11.2020, GRDs 850/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von der Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an dem Bundesprogramm "Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher" in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder mit 27 Erzieher\*innen in der praxisintegrierten Ausbildung von September 2019 bis August 2022 wird Kenntnis genommen.
2. Zur Erledigung der Verwaltungstätigkeiten für das Bundesprogramm wird das Jugendamt ermächtigt, ab sofort Personal im Umfang von 1,0 Vollzeitkraft (VZK) in EG 7 TVöD außerhalb des Stellenplans befristet bis zum 31.12.2022 zu beschäftigen. Zur Sicherung der Themenverantwortung auf Bereichsleitungsebene wird das Jugendamt ermächtigt, ab sofort Personal im Umfang von 0,2 VZK in Entgeltgruppe S18 SuE außerhalb des Stellenplans befristet bis 31.12.2022 zu beschäftigen.
3. Um die Anleitung von Erzieherinnen und Erzieher in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA) sicherzustellen, wird das Jugendamt ermächtigt, ab sofort Personal im Umfang von bis zu 6,2 VZK in S 8b SuE außerhalb des Stellenplans befristet bis 31.08.2022 zu beschäftigen.

4. Der sog. "Aufstiegsbonus" aus dem Bundesprogramm FKO für 13 Anleiter\*innen mit besonderen zusätzlichen Aufgaben wird als monatlicher Bonus ergänzend zu den Entgeltzahlungen gewährt.
5. Von der finanziellen Entlastung des städtischen Haushalts, wie unter "Finanzielle Auswirkungen" dargestellt, wird Kenntnis genommen. Die finanziellen Auswirkungen 2021 werden im zu erstellenden Nachtragshaushalt 2021 berücksichtigt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) in Stuttgarter Kindertageseinrichtungen solle weiterhin unterstützt und gestärkt werden, äußert die Vorsitzende, weswegen sich am Bundesprogramm "Fachkräfteoffensive" beteiligt werde. Im vergangenen Jahr habe sich für die städtischen Tageseinrichtungen die Chance ergeben, finanzielle Fördermittel durch das Bundesprogramm zu erhalten, wobei folgende Fördermittel bewilligt worden seien: Die Ausbildungsvergütung für 27 PiAs werden vom Bund übernommen sowie die Praxisanleitung für jeweils zwei Stunden pro Woche für eine PiA gefördert. Auf die weiteren Punkte, die vom Bundesprogramm aufgegriffen werden, möchte die Vorsitzende nicht eingehen, da diese in der Vorlage enthalten seien. Die Praxisintegrierte Ausbildung PiA sei durch die Stuttgarter Stadtverwaltung erfunden und über Jahre mit städtischen Mitteln finanziert worden. Bei ihrem Stuttgart-Besuch habe Frau Giffey, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sich für PiA interessiert, und der dabei verfolgte Ansatz habe die Ministerin so überzeugt, dass das in der Vorlage beschriebene Bundesprogramm aufgelegt worden sei.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) wirft den Blick auf die Finanzierung der PiA-Ausbildung, die mit zwei Dritteln vom Bund übernommen werde. Das Land fördere die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten in Kindertageseinrichtungen im Bereich der praktischen Ausbildung im Rahmen eines Zuschusses zu den Ausbildungskosten. Dabei sei das finanzielle Volumen mehr als verdoppelt worden, ergänzt der Stadtrat. Allerdings gebe es einen Wermutstropfen, verdeutlicht er und bemerkt, durch die Bundesmittel werde es in Stuttgart keine Zunahme an Erziehern\*innen geben, ebenso werden die von der Stadt Stuttgart bisher aufgewendeten finanziellen Mittel nach Beteiligung der LHS am Bundesprogramm durch den Bund bereitgestellt. Zwei Drittel der finanziellen Aufwendungen würden folglich vom Bund refinanziert.

Die Vorsitzende unterstreicht, hier ergebe sich keine Einsparung, sondern die LHS sei bereits über Jahre hinweg in eine Vorfinanzierung eingetreten.

Darüber hinaus bemängelt StR Lazaridis, dass keine Erweiterung um 27 PiAs zusätzlich zu den 90 PiAs pro Jahrgang stattfinde. Das sei aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen, unterrichtet Frau Dr. Heynen (JugA). Das Ausbildungsjahr beginne mit dem Schuljahr im September. Die Antragstellung sei erst im Sommer 2019 möglich gewesen, sodass das Jugendamt so schnell keine neuen Auszubildenden hätte finden können. Der zeitliche Rahmen sei sehr eng gewesen, um sich grundsätzlich am Bundesprogramm beteiligen zu können. Dem Bundesministerium sei bekannt gewesen, dass die 27 PiAs im Bundesprogramm auch bei Nichtgewährung der Bundesmittel in den Ausbildungsgang aufgenommen worden wären. Sämtliche finanzielle Mittel des Bundes, die eingebracht werden können, bedeuten an anderer Stelle finanzielle Spielräume für andere Dinge in der Jugendhilfe und der Kindertagesbetreuung.

Ergänzend verdeutlicht StR Lazaridis, die genannten finanziellen Spielräume sollten der Jugendhilfe zur Verfügung gestellt werden und nicht im Straßenbau enden. Diese Ansicht teilt die Vorsitzende, betont aber gleichzeitig, aufgrund der finanziellen Situation in Stuttgart müssten die Referate Vorschläge bringen, die gegeneinander abgewogen werden. Es gebe verschiedene wichtige Ziele in der Stadt, über die am Ende der Gemeinderat entscheide.

Anknüpfend an den Beitrag von StR Lazaridis erwähnt StRin Ripsam (CDU) zum sogenannten Aufstiegsbonus für Profis, dieser sollte hinsichtlich einer dauerhaften Gewährung überprüft werden. Bei den finanziellen Auswirkungen, die auf Seite 5 der Vorlage aufgeführt seien, sei nicht ersichtlich, welche finanziellen Mittel aus dem städtischen Bereich und welche von anderen Stellen kommen. Eine Übermittlung per E-Mail, die den städtischen Anteil konkretisiere, sagen Frau Dr. Heynen und die Vorsitzende zu.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) berichtet, es gebe Kommunen, die mit ihren Eigenmitteln das PiA-Programm nicht aufsetzen könnten. Aufgrund dessen teile er die Ansicht, dass es sich nicht nur um eine Refinanzierung handeln sollte, sondern zusätzliche PiAs auf den Weg gebracht werden müssten.

Diese Sichtweise teilt StRin Meergans (SPD). Bezüglich der integrierten Lernplattform "Praxisanleitung digital", wie sie auf Seite 4 der Vorlage genannt sei, kritisiert die Stadträtin die mangelnde technische Ausstattung in Tageseinrichtungen, weshalb die PiAs nicht an den Angeboten der Online-Plattform teilnehmen könnten. Mit der finanziellen Entlastung des städtischen Haushalts durch das Bundesprogramm sollte die technische Ausstattung finanziert werden, so die Stadträtin. Die Digitalisierung gehe voran und habe durch die Covid-19-Pandemie einen Schub erhalten, informiert die Frau Dr. Heynen.

Herr Schulze-Gronemeyer geht zunächst auf den Erfolg der Praxisintegrierten Ausbildung ein und betont dabei die wichtige Anleitung von Erziehern\*innen. Die finanziellen Mittel des Bundesprogramms sollten neben der Anleitung auch für die Überprüfung von Standards und Eckdaten aufgewendet werden.

Für die kleineren und sonstigen Träger betont Frau Weegmann ebenso die Wichtigkeit der Unterstützung von Anleitern\*innen, um eine höhere Anzahl an PiAs einstellen zu können. Da die Anleiter\*innen bisher keine digitalen Endgeräte hätten, um Inhalte nutzen zu können, sollten die Bundesmittel dafür eingesetzt werden.

Frau Dr. Heynen vertritt die Haltung, wenn eine Beteiligung am Bundesprogramm möglich sei, sollten die finanziellen Mittel für die fachliche Begleitung, den bundesweiten Austausch sowie zu einer finanziellen Entlastung führen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö



## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Jugendamt (28)  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  5. GPR (2)
  6. Stadtkämmerei (2)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS